

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien. Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Fred Vovrousek, Verlags- und Herstellungsort Wien.
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. Auf Recyclingpapier gedruckt!

Donnerstag, 25. Februar 1988

Blatt 323

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- ÖVP kritisiert Wiener Umweltpolitik (324/FS: 24.2.)
- Häupl: ÖVP-Beurteilung der Wiener Umweltpolitik ungerecht (324/FS: 24.2.)
- Schwindelangebote an Baufirmen (325/FS: 24.2.)
- U-Bahn fährt durch die Stadtmauer (327/328)
- Kindertagesheim in Döbling eröffnet (329)
- Kleingartenbeirat neu konstituiert (330)
- Medizin und Gesundheit an der Jahrtausendwende (331-333)
- Hatzl: Sicherheit muß Vorrang haben (334-336)
- SPÖ über Ergebnisse der Kontrollausschußsitzung (337)
- Tödlicher Fenstersturz (nur FS/24.2.)
- Wintereinbruch: 227 Fahrzeuge im Einsatz (nur FS)
- Warnung vor Schwindelfirma (nur FS)

Kultur:

- Ehrenmedaillen der Bundeshauptstadt (326)

Sport:

- Schibetrieb auf der Hohen-Wand-Wiese (nur FS)

ÖVP kritisiert Wiener Umweltpolitik

Wien, 24.2. (RK-KOMMUNAL) Den Mangel an Konzepten und Problemlösungen im Umweltbereich kritisierte GR. Dr. Johannes HAWLIK am Mittwoch in einem Pressegespräch der ÖVP. Die Wiener Umweltpolitik sei durch jahrelange Versäumnisse in den Bereichen Luft, Wald, Boden und Wasser sowie durch gravierende Mißstände bei der Ver- und Entsorgung gekennzeichnet, stellte Hawlik fest. Auch gebe es auf diesen Gebieten keine vorausschauenden Konzepte, beispielsweise kein Müll-, Trinkwasser- und Bodenkonzept. Die Umweltprobleme seien immer verniedlicht worden.

Die ÖVP hoffe, daß mit dem neuen Umweltstadtrat auch neue Grundprinzipien in die Wiener Umweltpolitik einziehen. Die Umweltprobleme sollten ressortübergreifend und in Kooperation gelöst werden, schloß Hawlik. (Schluß) du/rr

Häupl: ÖVP-Beurteilung der Wiener Umweltpolitik ungerecht

Wien, 24.2. (RK-KOMMUNAL) Als ungerecht bezeichnete Umweltstadtrat Dr. Michael HÄUPL die Beurteilung der Wiener Umweltpolitik durch die ÖVP. Unzweifelhaft gebe es in einer Millionenstadt Probleme im Umweltbereich. Dies kann und soll auch in keiner Weise verniedlicht werden. Die Stadt Wien habe jedenfalls auf dem Umweltsektor bereits enorme Fortschritte und Erfolge erzielt, beispielsweise auf dem Gebiet der Luftreinhaltung durch die Emissionsverringerungen durch den Einbau von Rauchgasreinigungsanlagen und Maßnahmen bei den Wiener E-Werken. Weiters seien sowohl Wasserversorgung als auch beste Trinkwasserqualität gesichert und die Entsorgungssicherheit im Müllbereich gewährleistet, wobei zweifelsohne eine Weiterentwicklung noch notwendig erscheint. Auch die Kritik, daß es keine Konzepte gäbe, sei ungerecht, erklärte Häupl. Schließlich gebe es z. B. das Kanalausbaukonzept und das Trinkwasserversorgungskonzept, die Milliardeninvestitionen erforderten. Auf dem Gebiet der Sonderabfallentsorgung habe Wien Vorleistungen getätigt. Nicht zuletzt sei es durch die Kooperation mit Niederösterreich zu einer entscheidenden Defizitminderung im Selbstverständnis der sensiblen Umweltproblematik gekommen. Abschließend verwies Häupl erneut auf sein bereits zu seinem Amtsantritt gemachtes Angebot der Kooperation in Sachen Umweltfragen. (Schluß) du/gg

Bereits am 24. Februar 1988
über Fernschreiber ausgesendet!

Schwindelangebote an Baufirmen

Wien, 24.2. (RK-LOKAL) Wiener Baufirmen erhielten dieser Tage Zuschriften von einem Absender, der sich „Kontrahentenverzeichnis der Gemeinde Wien — Baugewerbe 1988“ nennt. In den Zuschriften werden sechsstellige Beträge für die Eintragung in das genannte Verzeichnis verlangt. Dazu wird ein echtes Postsparkassenkonto angeführt, Adresse und Telefonverzeichnis des Absenders sind jedoch offenbar fingiert. Die Stadt Wien warnt davor, die verlangten Zahlungen zu leisten. Die Polizei wurde eingeschaltet. (Schluß) sti/rr

Bereits am 24. Februar 1988
über Fernschreiber ausgesendet!

Ehrenmedaille der Bundeshauptstadt

Wien, 25.2. (RK-KULTUR) Ehrenmedaillen der Bundeshauptstadt Wien überreichte Vizebürgermeister Ingrid SMEJKAL Mittwoch nachmittag an drei verdiente Künstler.

Mit der Ehrenmedaille in Gold wurde Prof. Edeltraud BREXNER-NOWOTNY ausgezeichnet, die in einer Vielzahl bedeutender Partien als Primaballerina des Staatsopernballetts brilliert und nach Abschluß ihrer Karriere zahlreiche junge Wiener Ballettänzer ausgebildet hat. Sepp JAHN, der sich nicht nur als Grafiker und Maler, sondern auch als freischaffender Filmmacher profilierte, sowie Mag. Leon SLIWINSKI in Anerkennung seiner Leistungen als Maler, Grafiker und Bilderrestaurator erhielten die Ehrenmedaille der Bundeshauptstadt Wien in Silber. (Schluß)
jel/rr

U-Bahn fährt durch die Stadtmauer

2,4 Kilometer Tunnel beim Stubentor fertig

Wien, 25.2. (RK-KOMMUNAL) Im Bauabschnitt „Stubentor“ der U3 konnte Donnerstag früh der „letzte Tunneldurchschlag“ in Anwesenheit von Verkehrsstadtrat Johann HATZL gefeiert werden. Damit sind in diesem Bereich alle Tunnel mit einer Gesamtlänge von 2.400 Metern fertiggestellt. Wegen der sehr schwierigen Bodenverhältnisse galt der Vortrieb in diesem innerstädtischen Bauabschnitt als äußerst kompliziert.

Vor Beginn der eigentlichen Tunnelbauarbeiten waren deshalb umfangreiche Bauhilfsmaßnahmen erforderlich. Die geologisch schwierigen Verhältnisse, der Zustand der teilweise sehr alten Bebauung, die bis zu drei Geschoße tiefen Kellergewölbe, die komplizierten Anlagenverhältnisse der U-Bahn-Trasse (drei nebeneinander liegende, knapp unter dem Wienfluß verlaufende Tunnelröhren, zwei übereinander liegende Tunnel vor dem Stephansplatz und ein Zentralschacht) stellten größte Anforderungen an alle planenden und ausführenden Stellen. Für die Sicherheit des Tunnelvortriebes mußten eine lokal begrenzte Grundwasserabsenkung, umfangreiche Injektionsmaßnahmen, Druckluftbetrieb und Hochdruckvermörtelung für Hausunterfangungen durchgeführt werden. Ein dichtes Netz von Höhenmeßpunkten an den Häusern entlang der Tunneltrasse wurde ständig beobachtet.

Zweieinhalb Meter Vortrieb pro Tag

Im August 1985 wurde mit den Vortriebsarbeiten für die Herstellung des Verbindungsgleises begonnen, im November dieses Jahres der Tunnelanschlag für die Streckenröhren durchgeführt. Seit diesem Zeitpunkt standen die Vortriebsmannschaften ununterbrochen in Tag- und Nachtschichten im Einsatz. Phasenweise wurden drei Vortriebe gleichzeitig ausgeführt. Während eines Zeitraumes von 15 Monaten mußten die erschwerten Arbeitsbedingungen eines Druckluftbetriebes mit bis zu 0,6 bar Überdruck bewältigt werden. Bei den Vortriebsarbeiten wurde eine mittlere Vortriebsleistung von zweieinhalb Metern pro Tag, mit Spitzenwerten bis zu vier Meter pro Tag, erreicht. So konnten nach 30 Monaten und fast 2.400 Laufmetern Strecken- und Stationstunnel nun die Vortriebsarbeiten erfolgreich und termingemäß abgeschlossen werden.

Station Stubentor mit Stadtmauer

Der Bauabschnitt „Stubentor“ (U 3/6+7) umfaßt die eingleisige, 656 Meter lange Betriebsgleisverbindung der U 4 und U 3 vom Julius-Raab-Platz bis zum Schacht Gigergasse, die beiden Streckenröhren der U3 (je 289 Meter) von der Gigergasse bis zur Station „Stubentor“, die Station Stubentor selbst sowie die Streckenröhren (je 467 Meter) bis zur bereits im Rohbau im Zuge des Baues der U 1 hergestellten Station „Stephansplatz“.

Die U-Bahn-Station „Stubentor“ besteht aus zwei getrennten, um ein Geschoß versetzten Stationsröhren und an den Bahnsteigenden liegenden Aufgangsbauwerken. Im Hauptaufgang unter der Stubenbastei gelangt der U-Bahn-Benützer über Fahrtreppen in die Passage Wollzeile, von wo aus die Oberfläche entweder über den Ausgang in die Wollzeile oder nach Durchschreiten der ehemaligen, in den U-Bahn-Aufgang integrierten Stadtmauer in die Parkanlage des Dr.-Karl-Lueger-Platzes möglich ist. Vor den Häusern des Parkringes besteht eine Möglichkeit zum direkten Umsteigen in die Straßenbahn der Ringlinie über drei bequeme Aufzüge oder über eine feste Stiegenanlage. Im Zuge der Vorarbeiten für die Herstellung des Stationsbauwerkes in der Stubenbastei wurden umfangreiche Grabungen und historische Erkundungen im Bereich der Stadtmauer durch-

geführt. Dabei wurden auch Teile der mittelalterlichen Befestigungsanlagen freigelegt.

Zentralschacht schonte Anrainer

Die überaus beengten Platzverhältnisse des dicht verbauten Stadtkerns, die Rücksichtnahme auf Umweltschutz, Geschäftswelt und Wohnbevölkerung erforderten eine komplizierte und aufwendige Bauvorbereitung und Arbeitsdurchführung. Durch eine Konzentration der Baustelleneinrichtung am Rande des Stadtparks und der Einrichtung eines Zentralschachtes dort konnte eine Entlastung des dicht bebauten Gebietes des 1. Bezirkes erreicht werden. Über diesen Zentralschacht wurden sämtliche Vortriebsarbeiten für den Bauabschnitt abgewickelt. Alle Materialtransporte sowie die laufende Abfuhr des anfallenden Erdmaterials konnten hier ohne Belästigung für Anrainer bewerkstelligt werden. (Schluß) roh/gg

Forts. von Blatt 327

Kindertagesheim in Döbling eröffnet

Wien, 25.2. (RK-KOMMUNAL) Ein Kindertagesheim in Döbling, in der Weinberggasse 60, eröffnete Donnerstag Vizebürgermeister Ingrid SMEJKAL. In dem Kindertagesheim, das zur Infrastruktur einer neuen Wohnhausanlage zählt, werden in Krippen-, Kindergarten- und Hortgruppen rund 120 Kinder im Alter von ein bis zehn Jahren Platz finden. (Schluß) jel/rr

Kleingartenbeirat neu konstituiert

Wien, 25.2. (RK-KOMMUNAL) Die neuen Mitglieder des Wiener Kleingartenbeirates, der wichtigsten Interessenvertretung der Kleingärtner, wurden Donnerstag durch Stadtrat Rudolf EDLINGER angelobt. Hauptaufgabe des 1979 erstmals einberufenen Beirates sind Stellungnahmen und Anregungen zu Planungen und Vorhaben des Magistrats zur Errichtung und Gestaltung von Kleingartenanlagen.

In der anschließenden konstituierenden Sitzung wurden Gemeinderat Ing. Karl SVOBODA zum Vorsitzenden und die Gemeinderäte Eugen GUTMANNBAUER und Georg FUCHS zu stellvertretenden Vorsitzenden des Kleingartenbeirates gewählt. (Schluß) ah/gg

Medizin und Gesundheit an der Jahrtausendwende

Stacher präsentierte weitere Ergebnisse der Aktion „Medizin 2000“

Wien, 25.2. (RK-KOMMUNAL) Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER präsentierte Mittwoch abend in seiner Gesundheitspolitischen Presserunde weitere Ergebnisse der Aktion „Medizin und Gesundheit 2000“. Sie sind in einer Broschüre „10 Fragen — 10 Antworten zur Zukunft der Medizin“ enthalten, die soeben von der Wiener Arbeitsgemeinschaft für Volksgesundheit herausgegeben wurde. Rund 1.200 Ärzte und 400 Angehörige anderer medizinischer Berufsgruppen beantworteten darin zehn Fragen, die sich auf die Zukunft der Medizin und des Gesundheitswesens beziehen. Die Ergebnisse der ersten fünf Fragen wurden der Öffentlichkeit bereits vorgestellt. Nun sind auch die Antworten auf die zweiten fünf Fragen ausgewertet.

Ende 1986 hat der Wiener Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois Stacher alle Wiener Ärzte, aber auch Angehörige anderer medizinischer Berufsgruppen aufgefordert, sich mit den zu erwartenden Entwicklungen und wünschenswerten Veränderungen unseres Gesundheitswesens auseinanderzusetzen. Daraufhin meldeten sich innerhalb kürzester Zeit mehr als 1.600 Universitätsprofessoren, Primarii, Spitalsärzte, Fachärzte, praktische Ärzte, in Ausbildung stehende und Jungärzte, Oberinnen, Stations- und „Radlschwestern“ sowie medizinisch-technische Assistentinnen und Assistenten jeder Kategorie und erklärten sich bereit, am Projekt „Medizin und Gesundheit 2000“ mitzuarbeiten. Die Diskussionen fanden und finden in acht Arbeitskreisen und in mehr als 100 Arbeitsgruppen statt, die zur Behandlung spezieller Fragen gegründet wurden. Obwohl die Mitarbeit an dem Projekt sehr zeitaufwendig ist, wird sie von allen Teilnehmern unentgeltlich geleistet.

An der Presserunde nahmen auch Mitarbeiter verschiedener Arbeitskreise der „Medizin 2000“ teil: Dr. Christoph GISINGER, II. Medizinische Universitätsklinik, Univ.-Prof. Dr. Jürgen M. PELIKAN, Vorstand des Instituts für Soziologie der Grund- und Naturwissenschaftlichen Fakultät der Universität Wien, Generaloberin Charlotte STAUDINGER, Magistratsabteilung 17 — Anstaltenamt, Univ.-Prof. Dr. Ernst WOLNER, Vorstand der II. Chirurgischen Universitätsklinik.

Veränderung der Strukturen des Gesundheitswesens

Die Frage, ob eine grundlegende Veränderung der Strukturen des Gesundheitswesens möglich — notwendig — wünschenswert — wahrscheinlich ist, wurde allgemein mit „notwendig“ und „wünschenswert“ beantwortet. Bezüglich der Wahrscheinlichkeit besteht allerdings eine gewisse Skepsis.

Die Aufgaben des Gesundheitswesens werden in Österreich von zu vielen Rechtsträgern wahrgenommen:

- Gesundheitsbelange werden von elf Ministerien behandelt,
- in Niederösterreich sind 23 Rechtsträger für die Spitalerhaltung verantwortlich,
- die Krankenversicherung wird von 42 Sozialversicherungsinstituten organisiert.

Ohne grundlegende Änderung der Organisations- und Finanzierungs-konzepte wird eine kostengerechte Leistung auf Dauer nicht möglich sein.

Die sogenannten „Akutspitäler“ müssen in ein gesundheitspolitisches Gesamtsystem mit zugeordneten Rekonvaleszenz-, Rehabilitations- und Pflegeinstituten eingegliedert werden. Wünschenswert ist die Einrichtung einer integrierten Schwerpunktversorgung für zum Beispiel Atem-, Kreislauf-, Tumor-, Rheuma- und andere Krankheitskomplexe mit Diagnostik, Therapie und Rehabilitation.

Das Gesundheitssystem muß sich andauernd neuen wissenschaftlichen Erkenntnissen anpassen. Daher müssen Ausbildung und Praxis umstrukturiert und flexibel gestaltet werden. Erforderlich sind neue Aktivitäten in der Prophylaxe.

Schul-, Arbeits- und Verwaltungsmedizin, die Schaffung spezieller Diätberatungsdienste, eine Erweiterung der ambulanten Schwangerenbetreuung, der psychosozialen Dienste, der Altersvorsorge und ein Ausbau der medizinischen und pflegerischen Qualitätskontrolle. Der Trend zu Tageskliniken und Therapiezentren, zur Gruppenpraxis und zum Ausbau von Ambulatorien und sozialpflegerischen Diensten ist zu unterstützen.

Die Zusammenarbeit zwischen praktizierenden Ärzten, Laboratorien, Spitälern, Rehabilitationsinstituten und sozialen Diensten muß im Interesse des Kranken verbessert werden. Der Patient braucht eine koordinierende Bezugsperson. Der Patient soll die Kosten seiner Krankheit kennen. Die Patienten sollen „mündig“, das heißt in die Verhütung und Bekämpfung der Krankheit aktiv eingebunden sein. Gesundheitserziehung muß bereits in der Jugend beginnen.

Eine Modernisierung und Verbesserung der gesamten Gesundheitsfürsorge kann durch eine Reform der Organisation kostenneutral durchgeführt werden. Zur Frage eines eventuellen Selbstbehaltes gibt es keine einheitliche Haltung. Die Meinungen variieren von der vollen Ablehnung jedweden Selbstbehaltes bis zur Notwendigkeit verschiedener Formen des Selbstbehalts.

Anteil des Gesundheitswesens am Bruttonationalprodukt

Welcher Anteil des Gesundheitswesens am Bruttonationalprodukt ist zumutbar? Aus den Antworten ergibt sich ein Mittelwert von 13 Prozent. Tatsächlich betrug der Anteil der Gesundheitskosten am Bruttonationalprodukt in Österreich 1970 5,7, 1975 6,8, 1980 7,3 und 1983 7,6 Prozent. Für 1987 wird der Anteil grob auf 8 bis 9 Prozent geschätzt. Gegenüber dem heutigen Niveau werden also massive Ausgabensteigerungen erwartet. Die Behandlung von Krankheiten darf an sich keine Kostenfrage sein, doch ist in jedem Fall einer rationellen Aufteilung der vorhandenen Mittel mehr Aufmerksamkeit zu widmen. Auch ohne Ausgabenerhöhung wäre eine bessere Koordination — vor allem im diagnostischen Bereich — angezeigt. Die Wirksamkeit des Versorgungssystems sollte durch den Einsatz moderner Technologien (zum Beispiel Computerverrechnung), durch Überprüfung bei Medikamenten (kostengünstiges Präparat), durch Umschichtung auf ambulante Maßnahmen, aber auch durch Besinnung auf altbekannte Methoden erhöht werden.

Kritisch wurde vermerkt, daß Ärzte über die Kosten und deren Verteilung nur mangelhaft aufgeklärt werden. Das Gesundheitssystem ist zu wenig durchschaubar. Deshalb wäre eine verstärkte gesundheitsökonomische Ausbildung für Ärzte angezeigt.

Medizinischer Fortschritt und medizinische Ethik

Die Frage, ob die Entwicklung des medizinischen Fortschritts mit einer entsprechenden Entwicklung einer medizinischen „Alltagsethik“ einhergeht, wird eher negativ beantwortet. Als besondere Gefährdung in der Zukunft wird das rasante Tempo der technischen Entwicklung angeführt, die Erweiterung des technisch Machbaren, wie zum Beispiel künstliche Befruchtung und Gentechnologie. Außerdem werden negative Auswirkungen einer weitergehenden Spezialisierung befürchtet.

Es wird daher die Einbeziehung der medizinischen Ethik in das Studium — durch eigene Ethikvorlesungen — gefordert. Außerdem sollen die angehenden Ärzte zur Verbesserung ihrer kommunikativen Fähigkeiten in Gesprächsführung ausgebildet werden. Für den Bereich der Forschung wer-

Forts. von Blatt 331

Forts. auf Blatt 333

den Ethikkommissionen verlangt. In Schwerpunktkrankenhäusern sollen Kommissionen für schwierige Entscheidungen eingesetzt werden. Sie sollen sich aus Ärzten, Juristen und Theologen zusammensetzen.

„Konsument“ und Qualitätskontrolle

Eine subjektive Qualitätskontrolle — die Beurteilung des Gesundheitsdienstes aus der Sicht des Patienten — besteht derzeit schon durch die freie Arztwahl. Diese ist größtenteils durch das Vertrauensverhältnis zwischen Patient und Arzt beeinflusst. Nach überwiegender Meinung soll der Patient in die Qualitätskontrolle einbezogen werden. Dazu ist eine sachbezogene Aufklärung durch Schule und öffentliche Stellen über allgemeine und grundsätzliche Gesundheitsfragen und durch Behandler und Betreuer über Detailfragen erforderlich. So würden mündige Patienten herangebildet, die zur Mitverantwortung und zur notwendigen Mitarbeit bereit wären. Selbsthilfegruppen, die mit den kompetenten Stellen zusammenarbeiten, können zur Beurteilung des richtigen Verhaltens von ärztlichem und Pflegepersonal sowie von Angehörigen der medizinisch-technischen Dienste beitragen — ebenso zur Aufdeckung unerwünschter und belastender Nebenwirkungen von Therapien.

Ethische und finanzielle Grenzen einer lebensverlängernden Behandlung

Auf die Frage nach den ethischen und finanziellen Grenzen einer einzelnen lebensverlängernden Behandlung lehnt die Mehrheit finanzielle Grenzen ab. Solche therapeutischen Entscheidungen sollten letztlich vom behandelnden Arzt beziehungsweise von den behandelnden Ärzten getroffen werden. Es wird auch die Einbeziehung der betroffenen Patienten und — in bestimmten Fällen — seiner Angehörigen angeregt. Manche wollen die Entscheidung einer Kommission überlassen. Für die Entscheidungen des Arztes oder einer Kommission sollen allgemein gültige Richtlinien erarbeitet werden. (Schluß) sc/gg/rr

Forts. von Blatt 332

Hatzl: Sicherheit muß Vorrang haben

Wien, 25.2. (RK-KOMMUNAL) In einer Pressekonferenz zum Thema „Verkehrssicherheit“ stellte Verkehrsstadtrat Johann HATZL Donnerstag fest, daß es durch eine Vielzahl von Maßnahmen in Wien gelungen sei, im Straßenverkehr die Zahl der Unfälle generell und damit die Zahl der Toten und Verletzten deutlich zu senken. Der Begriff „Verkehrssicherheit“ bringe bereits den Grundgedanken zum Ausdruck: „Sicherheit muß Vorrang haben“, an erster Stelle stehe der Schutz des Lebens.

Hatzl: „Nach der bereits begonnenen Aktion gegen Schnellfahrer werden wir uns mit gleicher Härte zwei weiteren Punkten in besonderem Maß zuwenden. Zum einen den alkoholisierten Lenkern, und zum anderen soll es eine Aktion 'Geschwindigkeitsdrosselung zum Schutz der Fußgänger' geben, die mit der Wiener Unart aufräumt, selbst Passanten, die sich schon auf einem Schutzweg befinden, zu gefährden.“

Zu den Hauptproblemen zählt die Einhaltung der gesetzlich vorgeschriebenen Fahrgeschwindigkeiten in Wohngebieten. Geschwindigkeitsmessungen im innerstädtischen Bereich zeigen oftmals geradezu unglaubliche Überschreitungen der zulässigen Höchstgeschwindigkeiten.

Es steht fest, daß die Forderungen nach Vermeidung der Geschwindigkeitsüberschreitungen beziehungsweise nach Herabsetzung des Geschwindigkeitsniveaus in Wohngebieten unbedingte Berechtigung haben:

Vergleicht man beispielsweise die Anhaltewege der Fahrgeschwindigkeiten bei 30 Kilometer pro Stunde mit jenen von 70 Kilometer pro Stunde, so wird ein Fahrzeuglenker bei 30 Kilometer sein Fahrzeug in 11,3 Meter zum Stillstand bringen, während er bei 70 Kilometer hierzu einen Anhalteweg von 40,8 Meter benötigt. Das bedeutet, daß zu dem Zeitpunkt, wo das Fahrzeug aus 30 Kilometer pro Stunde angehalten wurde, der Lenker aus 70 Kilometer pro Stunde nicht einmal noch zu Ende reagiert hat, sodaß mit voller Geschwindigkeit auf das Hindernis (beispielsweise einen Fußgänger) aufgefahren wird.

Dazu kommt, daß die lokale Verkehrssicherheitsarbeit und die örtliche Unfallforschung abgesehen von einer wichtigen humanen Aufgabe die Erfüllung des gesetzlichen Auftrages gemäß der Straßenverkehrsordnung (StVO § 96/1) darstellen.

Als Maßnahmen im Sinne des § 96/1 kommen vor allem die Anbringung von Einrichtungen zur Regelung und Sicherung des Verkehrs (insbesondere Verkehrsampeln, Straßenverkehrszeichen, Verkehrsleiteinrichtungen, Fußgängerstützpunkte und dergleichen), straßenbauliche Maßnahmen (erhabene Schutzwege, vorgezogene Gehsteige etc.) sowie eine intensivere und zweckmäßigere Ausübung der verkehrspolizeilichen Tätigkeit in Betracht.

Unfallforschung und Verkehrsplanung

Es gilt, neue verkehrsideologische Ansätze zu finden und neue Ziele zu formulieren. Das neue Sicherheitsdenken erfordert aber auch, daß Verkehrssicherheitsmaßnahmen nicht isoliert betrachtet werden dürfen. Der Straßenbau und die Verkehrspolitik der kommenden Jahre können deshalb nur dann sinnvoll sein, wenn sie gleichermaßen umweltgerecht und verkehrssicherheitsgerecht sind.

Computereinsatz bei der Verkehrssicherheitsarbeit

Wien hat als erstes Bundesland und erste Stadt in Österreich für alle Aufgaben der lokalen Verkehrssicherheitsarbeit eine Datenverarbeitungsanlage eingesetzt, die Unfalldaten speichert, Unfallstellen im gesamten Stra-

Bensystem lokalisiert beziehungsweise die Unfalldaten aller Unfälle nach den vielfältigsten Gesichtspunkten auswertet.

Mit dem Wiener EDV-System Verkehrssicherheit (Verkehrssicherheitscomputer) können auf Knopfdruck Unfallhäufungspunkte (Stellen häufiger Verkehrsunfälle) sowie Stellen mit gleichartigen Unfällen (Unfalltypenhäufungsstellen) innerhalb kürzester Zeit erhoben und ausgewertet werden.

Bisher war die EDV-gerechte örtliche Zuordnung der Verkehrsunfälle nicht grundsätzlich gelöst, es konnten deshalb die für die Unfallforschung wichtigen Unfallhäufungspunkte nur sehr zeitaufwendig händisch gefunden werden. In Wien wurde die Unfallaufnahme auf ein „Räumliches Bezugssystem Wien“ abgestimmt. Das bedeutet, daß gleich einem Netz des gesamte Straßensystem nach Kreuzungen und Straßenabschnitten vercodet ist.

Gleichzeitig mit dieser verbesserten örtlichen Zuordnung wurde auch die Verschlüsselung der Bewegungsrichtungen (Fahrtrichtung beziehungsweise Gehrichtung) der Verkehrsteilnehmer sowie die Unterscheidung nach 112 Unfalltypen vorgenommen.

Sichtbaren Ausdruck dieses komplexen System stellen die Kollisionsdiagramm und Kollisionstabellen dar. Aus dem Kollisionsdiagramm lassen sich beispielsweise alle Informationen der Personenschadensunfälle lesen, die auch im Nachhinein die eindeutige Rekonstruktion des Unfallherganges ermöglichen.

Für die lokale Verkehrssicherheitsarbeit können aus dem Kollisionsdiagramm wichtige sicherheitstechnische Rückschlüsse gezogen werden.

Diese Erkenntnis bildet zugleich die Grundlage, wirkungsvolle Abhilfemaßnahmen durchzuführen.

Letzte Ausbaustufe

Seitens der Wiener Stadtverwaltung wurde nun die Form einer graphischen Datenverarbeitung als letzte Ausbaustufe des Verkehrssicherheitscomputers eingeleitet. Dabei ist vorgesehen, die einzelnen Kollisionsrichtungen (Unfalltypen) direkt mittels EDV in das Situationsbild der Straßenanlage einzuzeichnen. Aus diesen graphischen Darstellungen der Verkehrsunfälle können selbst nicht speziell geschulte Personen aussagekräftige Informationen entnehmen.

Seitens des Magistrats der Stadt Wien werden dann nach der Sanierung der Unfallstellen — der, wie Stadtrat Hatzl unterstrich, weitere Priorität zukomme —, Vorher-Nachher-Untersuchungen in regelmäßigen Abständen durchgeführt und damit die betreffenden Punkte einer weiteren ständigen Kontrolle unterzogen.

Maßnahmenkatalog

Neben den „traditionellen“ Maßnahmen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit, wie der Errichtung von Verkehrslichtsignalanlagen und verkehrstechnischen Verbesserungen, wird in Hinkunft der Umbau von Straßen („sanfter Straßenrückbau“), wo häufig Geschwindigkeitsüberschreitungen und Fußgängerunfälle festgestellt werden, eine wesentliche Rolle spielen. Derartige Maßnahmen sind:

- die Errichtung von Fußgängerstützpunkten in der Fahrbahn
- der Einbau von Busschleusen
- das Vorziehen von Gehsteigflächen bei Kreuzungen
- die Verschwenkung der Fahrbahnen durch abwechselnde Längs- und Schrägparkordnungen
- der Einbau von kleineren Kreisverkehrsanlagen bei weitläufigen Kreuzungen

Forts. von Blatt 334

Forts. auf Blatt 336

- die Errichtung von Schwellen in der Fahrbahn zu Verringerung der Fahrgeschwindigkeit und um den Fußgängern mehr Sicherheit zu bieten. Eigene „Schulwegschutzwege“ sind vorgesehen.

Aufgrund der mit Jahresbeginn wirksam gewordenen Dezentralisierung obliegt die Finanzierung und rasche Durchführung von Maßnahmen bei Unfallschwerpunkten auch den Bezirken.

Fakten und Zahlen

Gab es in Wien im Jahr 1983 7.742 Unfälle mit 10.303 Verletzten und Toten (davon 169 Tote), so reduzierten sich diese Zahlen im Jahr 1987 auf 6.986 Unfälle mit 9.042 Verletzten und Toten (davon 73 Tote). Die konsequente Verkehrssicherheitsarbeit trug damit Früchte. Wien hatte mit der Erstellung eines eigenen Verkehrssicherheitsbudgets im Jahr 1983 eine Pionierleistung vollbracht. Allein zwischen 1983 und 1987 betrug die Reduktion der volkswirtschaftlichen Kosten rund 800 Millionen Schilling pro Jahr.

Die Auswertung der Daten von 40 Örtlichkeiten seit 1983, und zwar 16 Lichtsignalanlagen und 24 Kreuzungen, wo andere technische Maßnahmen wie Verkehrszeichen, Bodenmarkierungen, Maßnahmen des Straßenrückbaues durchgeführt wurden, gibt ein deutliches Bild:

- Bei den Ampelkreuzungen

Pro Jahr vorher 108,2 — nachher 31,2 Personenschadenunfälle, also minus 77. Kosten vorher 26 Millionen Schilling, nachher fünf Millionen. Mit einer Einsparung von 21 Millionen Schilling hatten sich die Kosten für die Ampelrichtungen von etwa 19 Millionen Schilling damit bereits im ersten Jahr amortisiert.

- Bei den anderen 24 Kreuzungen

Pro Jahr vorher 83,2 — nachher 30,7 Personenschadenunfälle, also minus 52,5. Kosten vorher 18 Millionen Schilling, nachher sieben Millionen Schilling. Demnach eine Einsparung von elf Millionen Schilling. Die Gesamtkosten für die jeweiligen Verkehrsmaßnahmen betragen nur etwa drei Millionen Schilling.

„Ich habe vor, durch verstärkte Kontakte mit der Wiener Polizei und ebenso mit den jeweiligen Bezirksvertretungen die beschleunigte Durchführung entsprechender Maßnahmen bei besonderen Unfallschwerpunkten sowie eine intensivere Verkehrsüberwachung zu bewirken“, betonte Hatzl abschließend. (Schluß) pz/ke

SPÖ über Ergebnisse der Kontrollausschußsitzung

Wien, 25.2. (RK-KOMMUNAL) In einem Pressegespräch informierten Donnerstag SPÖ-Klubobmann Dr. Hannes SWOBODA und GR. Hans WIMMER über Ergebnisse der Sitzung des Kontrollausschusses am Donnerstag. In dieser Sitzung sei eindeutig festgestellt worden, daß es entgegen von Behauptungen der FPÖ keine Vereinbarung zwischen der Wohnbaugesellschaft Sozialbau und der Baufirma Terranova gegeben habe, es seien keine Preisnachlässe gewährt worden und es seien auch keine Mieter in irgendeiner Weise geschädigt worden.

Dr. Swoboda regte an, den Revisionsverband der Gemeinnützigen Wohnbauvereinigungen umzugestalten. Es sollten künftig auch „neutrale“ Stellen, etwa Arbeiterkammer oder Konsumenteninformation, in den Vorstand delegiert werden.

Die Kritik, daß Automatenaufsteller nach dem Vergnügungssteuergesetz keine Abgabe gezahlt haben und Lokalbesitzer dann zu spät zur Zahlung aufgefordert worden seien, habe sich als unberechtigt erwiesen. Swoboda griff in diesem Zusammenhang aber eine Anregung des Kontrollamtes auf, wonach Aufsteller und Lokalbesitzer in Zukunft als Gesamtschuldner aufscheinen sollen.

Weitere Themen waren die Abrechnung der Teletheater Ges.m.b.H. für das Jahr 1986, bei der keine Beanstandung festgestellt worden sei; Kritik an der EDV-Anlage des Vereins „Theater der Jugend“, dessen kaufmännischer Direktor abgelöst worden ist; und die Entschädigung von drei Mietern im Zuge der Generalsanierung der Werkbundsiedlung. (Schluß)
ull/gg